

Vorlage

Gremium	Sitzungsart	Zuständigkeit	Datum
Werkausschuss	öffentlich	Vorberatung	27.05.2026
Kreistag	öffentlich	Entscheidung	15.06.2026

Tagesordnungspunkt:

Ausschreibung Postdienstleistung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Ausschreibung der Postdienstleistungen für das Jobcenter in einem offenen europaweiten Verfahren für 2 Jahre mit einer zweimaligen Verlängerungsoption um jeweils 1 Jahr. Der Werkausschuss wird ermächtigt, den Auftrag nach erfolgter Ausschreibung entsprechend der vergaberechtlichen Vorschriften zu vergeben.

Sachlage:

Die Ausschreibung Postversand beinhaltet den Versand von Briefsendungen inkl. Einschreiben und Postzustellungsaufträgen, den Versand von Paketen und Expresssendungen aus, sondern auch eine sichere, datenschutzkonforme elektronische Übermittlung der Briefe und der damit verbundenen Dienstleistung des Druckens, Kuvertierens und Frankierens. Allerdings muss die Verteilung der internen Hauspost zwischen den Geschäftsstellen sowie der Abholung und Auslieferung nicht elektronisch zu übermittelnder Poststücke gewährleistet sein.

Der Auftraggeber schreibt hiermit den Versand von Briefsendungen inkl. Einschreiben und Postzustellungsaufträgen, den Versand von Paketen und Expresssendungen sowie bei elektronischer Übermittlung das Drucken, Kuvertieren und Frankieren aus.

Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung ist der Versand von

- Briefsendungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 PostG, die elektronisch und datenschutzkonform übermittelt wurden und anschließend versandfertig verarbeitet werden (drucken, kuvertieren und ggfls. frankieren),
- Briefsendungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 PostG, die nicht in elektronischer Form übermittelt werden können, u. a. Individualbriefe der täglichen Sachbearbeitung, Pakete und Expresssendungen.
- Gegenstand ist also das Einsammeln, Weiterleiten oder Ausliefern von Postsendungen an den Empfänger sowie die vorhergehende Verarbeitung elektronisch übermittelter Post.

Die Ausschreibung erfolgt europaweit als Öffentliche Ausschreibung im offenen Verfahren nach §15 VgV und §119 Abs. 3 GWB

Das geschätzte Auftragsvolumen p.a. beträgt ca. 150.000 €. Der Leistungszeitraum wird auf den 2 Jahre festgelegt, mit der zweimaligen Verlängerungsoption um jeweils ein Jahr.

Finanzierung/Finanzielle Auswirkungen:

Im Wirtschaftsplan des Jobcenters für das Jahr 2026, sowie die folgenden Jahre, sind entsprechende Mittel eingeplant.

Familienverträglichkeit:

Hat die geplante Entscheidung unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf Familien im Landkreis Mayen-Koblenz?

☐ Ja

x Nein, weiter mit der Prüfung der demografischen Relevanz

Welche Lebensbereiche von Familien sind betroffen (z. B. materielle Situation von Familien, Betreuung von Kindern, Miteinander der Generationen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf)?

Hier bitte Ihren Text eingeben.

Trägt die geplante Regelung zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien im Landkreis Mayen-Koblenz bei? Wenn ja, worin besteht diese Verbesserung?

☐ Ja Hier bitte Ihren Text eingeben.

☐ Nein

Hat die geplante Entscheidung negative Auswirkungen auf Familien im Landkreis Mayen-Koblenz? Wenn ja, welche? Begründung des Beschlussvorschlages bzw. Darstellung der Abwägung, die zu diesem Beschlussvorschlag geführt hat.

☐ Ja Hier bitte die Begründung eingeben.

☐ Nein

Demografische Relevanz:

Hat die vorgesehene Entscheidung unmittelbare Auswirkungen auf die maßgeblichen Bestimmungsgrößen des demografischen Wandels, nämlich

- die Geburtenrate
 - die Lebenserwartung
 - die Außenwanderung (Migration, kommunale Wanderungsbewegung)
- und beeinflusst damit in der Folge die Bevölkerungsstruktur (Bevölkerungszahl, Alter, Herkunft) des Landkreises Mayen-Koblenz?

x Nein, weiter mit Klimaverträglichkeitsprüfung

☐ Ja:

- Wie stellen sich die Auswirkungen der beabsichtigten Entscheidung im Einzelnen dar?

Bitte hier Ihren Text eingeben.

- Sind die direkten/indirekten Folgen durch ergänzende Maßnahmen zu begleiten und wenn ja, in welcher Form?

☐ Ja Bitte hier Ihren Text eingeben.

☐ Nein

Klimaverträglichkeit:

Liegt eine liegenschaftsbezogene Investition mit klimarelevanten Auswirkungen vor oder würde sich die liegenschaftsbezogene Investition mit CO2-reduzierenden Maßnahmen verknüpfen lassen?

☐ Ja

x Nein, Ende der Prüfungen

Energetisches Gesamtkonzept

Ist die geplante Maßnahme Teil eines aktuellen energetischen Gesamtkonzeptes für die Liegenschaft? (Wärmeschutz der Gebäudehülle, Gebäudetechnik und organisatorische sowie verhaltensbedingte Anforderungen)

☐ Ja

☐ Nein

Begründung/Erläuterung:

Hier bitte Ihren Text eingeben.

Wurde der Anschluss an einen Nah-/Fernwärmeverbund bzw. die Schaffung eines solchen geprüft?

☐ Ja

☐ Nein

Begründung/Erläuterung:

Hier bitte Ihren Text eingeben.

Gebäudehülle (Gebäudedämmung)

Wurden Maßnahmen zur Energieeinsparung bei Arbeiten an der Gebäudehülle berücksichtigt?

☐ Ja

☐ Nein

Begründung/Erläuterung:

Hier bitte Ihren Text eingeben.

Gebäudetechnik: Vorrang Regenerativer Energien

Wurde der Vorrang regenerativer Energien bei Erneuerungen an Heizungs- und Warmwasseranlagen berücksichtigt?

☐ Ja

☐ Nein

Sind regenerative Energien zum Einsatz gekommen?

- ☐ Ja
☐ Nein

Begründung/Erläuterung:

[Hinweis: Wenn nein: Welche substanziellen Aspekte insbesondere betriebswirtschaftlicher Art sprachen dagegen? Wurden bei der Abwägung auch andere Aspekte (regionale Wertschöpfung, CO₂-Minimierungen) berücksichtigt?]
Hier bitte Ihren Text eingeben.

Wurden die Auswirkungen der Investition auf die Emission an CO₂-Äquivalenten (CO₂eq) ermittelt?

- ☐ Ja
☐ Nein

Begründung/Erläuterung:

[Hinweis: Wenn ja, nähere Angaben (z.B. Gesamteinsparung CO₂ in t und Kosten je vermiedener Tonne CO₂ in Bezug auf Lebensdauer der Anlage)]
Hier bitte Ihren Text eingeben.

Bei der Installation von regenerativen Energieanlagen insbesondere in Bildungseinrichtungen:

Wurden Möglichkeiten zur Einbeziehung der regenerativen Energieanlagen in den Unterricht bzw. zu deren Nutzung für die Öffentlichkeitsarbeit geschaffen?

- ☐ Ja
☐ Nein

Begründung/Erläuterung:

Hier bitte Ihren Text eingeben.

Anlagen:

./.